

Dow Chemical entsorgt selbst

Überschuß leicht erhöht / Umsatz ging zurück

Stade (dpa/vwd)
Die Dow Chemical GmbH in Stade wird von 1990 an in der Entsorgung unabhängig sein. Das heißt, die Emissionen in Luft und Wasser einschließlich des anfallenden „Chemiemülls“ können dann im Werk selbst umweltfreundlich aufbereitet und damit entsorgt werden, sagte Bernhard Brümmer, Geschäftsführer und Werksleiter der 100prozentigen deutschen Tochter des Schweizer Chemieunternehmens Dow Chemical AG, auf der Bilanzpressekonferenz.

Seit Anfang 1987 wird mit Hilfe der neuen Chemolyse, die im Unternehmen entwickelt wurde, bereits der größte Teil des anfallenden Klärschlammes entsorgt. Bisher ging er hauptsächlich in die DDR. Jetzt fallen pro Monat nur noch rund 200

Tonnen an, zuvor waren es fast 1200 Tonnen. Dow Chemical will versuchen, den restlichen Klärschlamm gegen andere Sonderreststoffe zu tauschen, um diese dann aufzubereiten. Insgesamt investiert Dow Chemical in Stade in den Umweltschutz rund 100 Millionen DM.

Im Geschäftsjahr 1986 konnte der Jahresüberschuß nochmals leicht auf 199,7 (Vorjahr: 194,4) Mill. DM erhöht werden. Bei einer um 8 Prozent auf 105 800 Tonnen gestiegenen Produktion sank der Umsatz aber auf Grund niedrigerer Preise um 16,2 Prozent auf 1,56 Milliarden DM. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 35 auf 1248. Für 1987 rechnet Brümmer bei Umsatz und Ertrag mit einem Ergebnis wie im abgelaufenen Jahr.

HAZ H Bürgerinitiative legt Kertess-Bericht vor

23.6.87 Umweltschützer: „Die Stadtverwaltung trägt einen erheblichen Teil an Mitschuld“

Unter dem Titel „Kertess und kein Ende“ hat knapp eine Woche, nachdem die Staatsanwaltschaft Anklage wegen zahlreicher Umweltvergehen gegen die Verantwortlichen der früheren Chemie-Handelsfirma Kertess erhoben hat, die hannoversche Bürgerinitiative Umweltschutz eine 165-

seitige Dokumentation über diesen bisher größten Fall von Grundwasserverseuchung in der Stadt vorgelegt. „Die Stadtverwaltung trägt einen erheblichen Teil an Mitschuld“, sagten die beiden Autoren Susanne Fedders und Martin Oldenburg bei der Präsentation ihres Werkes.

„Die Verwaltung glänzt durch Inkompetenz, die Politiker versuchen, hinter dem aktuellen Stand der Dinge herzuhalten. Der Durchblick wird mittlerweile von einem seit 1976 angehäuften Stapel von Protokollen, Informationsdrucksachen, Zeitungsartikeln und Handgeschriebem versperrt.“ Mit diesen Worten haben die Autoren – beides angehende Wasserbauingenieure, die auch Chemie studieren – ihre Arbeit eingeleitet. Anschließend wird eine allgemeinverständliche Darstellung vom Wesen und der Wirkung der Chlorierten Kohlenwasserstoffe (CKW) gegeben, die bei Kertess in großen Mengen in den Untergrund gelangten.

Dieser Abhandlung folgt eine längere Chronik der Vorgänge um die Chemie-firma, die im Konkurs endete. Hinzu kommen ein Namensregister, eine Darstellung des „Kertess-Clans“ sowie zahlreiche Karten über das verseuchte Gelände sowie Tabellen und Graphiken über die in Gutachten veröffentlichten Verunreinigungen des Bodens. Auch der Fall „Kertess Misburg“ wird ausführlich erörtert. Zum Schluß wird eine Reihe von

noch offenen Fragen gestellt – so zum Beispiel, ob möglicherweise auch die Umgebung der Abwasserleitungen nach Herrenhausen durch jahrelangen Transport verunreinigten Wassers verseucht sein könnte. Eine weitere von vielen Fragen: „Wie ist es zu verstehen, daß unterirdische, nicht genehmigte Tanks sowohl in der Südstadt als auch in Misburg lange Zeit unentdeckt blieben, zumal man nach Zeugenaussagen über die Anschlüsse und Schläuche geradezu stolpern konnte?“

Susanne Fedders und Martin Oldenburg wurden bei ihrer Arbeit vom Arbeitskreis Wasser der Bürgerinitiative unterstützt, der sich ebenfalls aus angehenden Wasserbauingenieuren zusammensetzt. Frau Fedders erklärte, nach ihren Untersuchungen seien sie zu der Überzeugung gekommen, daß die bisherigen Verwaltungsstrukturen ungeeignet seien, wirkungsvollen Umweltschutz zu betreiben. Unzulänglichkeiten in der Verwaltung hätten nach Auffassung der Arbeitsgruppe – neben der mutmaßlichen Schuld der Kertess-Verantwortlichen – mit zu dem Skandal geführt.

Oldenburg wies jedoch auch darauf hin,

daß es lange Zeit an den gesetzlichen Vorgaben gefehlt habe, auf Grund der die Verwaltung hätte eingreifen können. So gebe es die „Verordnung über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe“ erst seit 1985. Der häufige Verweis jedoch auf angebliche Kriegsfolgeschäden bei Kertess greife nur wenig, weil zahlreiche der gefundenen Schadstoffe erst seit den 60er und 70er Jahren existierten.

Die vorliegenden Sanierungspläne sind nach Auffassung der beiden Autoren ein „Schritt in die richtige Richtung“. „Wir werden weiter ein Auge darauf haben“, kündigte Frau Fedders an. Ihr Mitverfasser meinte abschließend, es müsse weiter nach möglichen Schadensverursachern in Hannover gefahndet werden. In diesen Zusammenhang paßt auch die Forderung der Bürgerinitiative Umweltschutz aus der vergangenen Woche, daß endlich ein Umweltschützer in der Stadtverwaltung geschaffen werden müsse.

Kertess und kein Ende, Bürgerinitiative Umweltschutz, Hinüberstraße 18, 172 Seiten, 9,50 Mark und Versandkosten. Im Buchhandel ISBN 3 - 922 883-15-X. Kg.

HAZ Wirtsch. Europaparlament kämpft gegen die Müllberge

22.6.87

Mitgliedsstaaten sollen sich mehr um ihren Dreck kümmern / Altdeponien sind eine Zeitbombe

Von Thomas Gack

Straßburg

Der Kampf der Europäischen Gemeinschaft gegen die Gefahren, die den Bürgern aus wachsenden Müllbergen drohen, war bisher ein Schlag ins Wasser. Das Straßburger Europaparlament hat jetzt in einer Entschließung mehrere EG-Staaten an den Pranger gestellt, die sich offenbar einen Dreck um EG-Verordnungen und Vorschriften, Richtlinien und Empfehlungen kümmern, mit denen Brüssel Europa Bürger vor gefährlichen chemischen Ablagerungen, verseuchtem Grundwasser, Giftmülldeponien und gefährlichen Abfalltransporten schützen will.

Mehrere Mitgliedsstaaten haben bisher nicht daran gedacht, den EG-Vorschriften nachzukommen. Während sich die Deutschen bei Müll und Chemieabfällen als umweltpolitische Vorreiter erweisen, führt Belgien mit weitem Abstand die Liste der säumigen Umweltsünder an, die das Europaparlament aufgelistet hat. Nahezu keine der EG-Richtlinien hat die

Belgier zum Handeln veranlaßt. Vier Klageverfahren sind deshalb vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die belgische Regierung anhängig.

Aber auch Irland, Frankreich, Italien und Großbritannien tauchen auf der Straßburger Mängelliste auf. Die Europaparlamentarier prangern die „verantwortungslose Haltung einiger Mitgliedsstaaten“ an und fordern die EG-Kommission auf, die Einhaltung der EG-Richtlinien durchzusetzen – notfalls mit eigens eingesetzten Umweltspektoren, die die ordnungsgemäße Anwendung des europäischen Umweltrechts in der Praxis überwachen sollen.

Wenn das nicht geschehe, so fürchten die Europaparlamentarier, versinke Europa im wachsenden Müllberg. Denn die Europäer produzieren im Jahr mehr als zwei Milliarden Tonnen Abfall.

Doch nicht die Riesenmengen des täglich erzeugten Drecks machen den Abfall-Experten am meisten Kopfzerbrechen und den Steuerzahlern am meisten Kosten. Schlimmer ist der zum Teil hochgif-

tige Müll von gestern, der oft völlig sorglos und planlos in die Landschaft gekippt wurde und heute das Grundwasser bedroht. In den vergangenen 25 Jahren hat die europäische Industrie außer Autos und Waschmaschinen auch 300 Millionen Tonnen gefährlichen Abfall produziert. Insgesamt, so schätzt der Umweltausschuß des Europaparlaments, gefährden mehr als 10 000 verseuchte Abfalldeponien Leib und Leben der Europäer: chemische Zeitbomben, über die buchstäblich Gras gewachsen ist und die dringend entschärft werden müssen. Diese Altmüll-entgiftung wird mindestens 15 Jahre lang jährlich mehr als 2,7 Milliarden Mark verschlingen.

Die meisten Giftmülldeponien liegen unter deutscher Erde: mehr als 5400. Die Bundesrepublik Deutschland wird in besonderem Maß an den Sünden der Vergangenheit zu leiden haben, die das schöne Bild vom Bonner umweltpolitischen Musterknaben erheblich trüben. Um die Altlast abzutragen, wird jeder Bundesbürger in Zukunft jährlich 14

Mark aufbringen müssen. Da Umweltschutz europäisch sein muß, um tatsächlich wirksam zu sein, da sich die Probleme überdies allen zwölf EG-Mitgliedsstaaten gleich stellen, müssen die Verordnungen und Vorschriften der Abfallbeseitigung stärker als bisher europäisch harmonisiert werden, fordert das Europaparlament: gleiche Regeln, Normen, Höchstwerte überall in Europa.

Damit es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen in der EG kommt, fordert das Europaparlament eine rasche europäische Vereinheitlichung des Umweltrechts und die Beschleunigung der Arbeit an den neuen EG-Richtlinien über Abfälle, die in Haushalten, in Labors und in Handwerksbetrieben anfallen. Die Europaabgeordneten empfehlen außerdem eine Verlagerung der EG-Politik von der Abfallbeseitigung zur Abfallverhinderung. Die Mitgliedsstaaten sollen sich mehr um ihren Dreck kümmern. Dann, so hofft das Europaparlament, wird ein Teil des Mülls, dessen Beseitigung jetzt so große Probleme macht, gar nicht erst entstehen.

HAZ Wirtsch

FREITAG, 26. JUNI 1987

Münchehagen: Chemiker vermutet Gasaustritt

Zwei Rehburg-Loccum Auerhalb der stillgelegten Sonderdeponie Münchehagen treten offensichtlich Depontegase aus. Sprecher einer örtlichen Bürgerinitiative haben am Donnerstag vor Journalisten in Rehburg-Loccum (Kreis Nienburg) berichtet, daß zwei vom Bielefelder Umweltinstitut untersuchte Gasproben einen Methangehalt von 67 Prozent gehabt hätten. Wie der Bielefelder Chemiker Edwin Podchull mitteilte, stammt dieses Gas mit allergrößter Wahrscheinlichkeit aus der Deponie Münchehagen. Messungen der zuständigen Fachbehörden und des Landkreises Nienburg hatten in den vergangenen Tagen keine Hinweise auf Gasaustritte ergeben.

Der Chemiker Podchull sagte weiter, es sei nicht auszuschließen, daß es jetzt zur Verschleppung von Schadstoffen im Grundwasser komme. Er forderte deshalb geologische Untersuchungen darüber, wo das Gas wandern könne. Sprecher der Bürgerinitiative meinten, die Hausbrunnen von acht Anliegern in der Umgebung der Deponie müßten geschlossen werden.

Der Landkreis will jetzt die Ergebnisse des Bielefelder Instituts überprüfen lassen und gegebenenfalls eigene Untersuchungen anstellen.

Giftmüll-Anlage: Klöckner will nicht verzichten

Str. Georgsmarienhütte Das Klöckner-Stahlwerk in Georgsmarienhütte erwägt, auch gegen den erklärten Willen des Rates der Stadt den Bau einer Sondermüllverbrennungsanlage in Georgsmarienhütte zu beantragen. Klöckner-Direktor Klaus Schäfer sagte am Donnerstag auf Anfrage, er schließe ein Planfeststellungsverfahren bei der Bezirksregierung in Oldenburg „mit Sicherheit nicht aus“. Es gehe nicht an, daß „ehaunägige Entscheidungen“ eines Stadtparlaments „unternehmerische Handlungen lahmlegen“. Er werde jetzt dem Rat zu bedenken geben, daß „ohne ein zweites Bein“ die Schließung des Stahlwerks möglich sei, fügte Schäfer an.

Klöckner beschättigt in Georgsmarienhütte in der Stahlherzeugung gut 2000 Arbeitskräfte. Die Pläne des Werks, im Zentrum der Stadt eine Giftmüllverbrennungsanlage zu errichten, hatten zum ablehnenden Ratsbeschuß geführt, der Klöckner jedoch nicht bindet.

Giftmüll: Rücken die Parteien zusammen?

SPD will Kommission, CDU/FDP setzerl auf Anhörung / Keine Entscheidung zu Schönberg

Kommt es in der niedersächsischen Sondermüllpolitik zu einer Art großer Koalition zwischen Regierungsparteien CDU/FDP und der größten Oppositionsfraktion SPD? Am Donnerstagnachmittag hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Schröder den Regierungsparteien ein entsprechendes Angebot unterbreitet, das zum Ziel hat, „aus der Mitte des Landtages heraus“ gemeinsamen Sachverstand und ein gemeinsames Konzept zur Vermeidung und unschädlichen Beseitigung von Giftmüll zu entwickeln.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Martin Hildebrandt deutete vorsichtig eine Zustimmung für den Fall an, daß die Landesregierung zwischenzeitlich nicht in ihren Handlungen beeinträchtigt wird. In der Debatte ging es um zwei Entschließungsanträge. Die SPD hatte die Einsetzung einer Enquete-(Untersuchungs-)Kommission „Zukünftige Sondermüllpolitik“ beantragt, während CDU und FDP eine - weniger aufwendige - Expertenanhörung forderten. Der Landtag hat über beide Anträge nicht abschließend entschieden.

Nach den Vorstellungen der SPD soll die Kommission umfangreiche Untersuchungen anstellen und dann Entscheidungshilfen liefern. Der SPD-Umweltexperte Uwe Bartels sprach von einem Sondermüllnotstand und kritisierte die Regierung, die angesichts der umfassen-

den Problematik „schnelle Lösungen“ bevorzuge. Auch die Grünen sprachen sich für eine Enquete-Kommission aus.

Umweltminister Werner Remmers lehnte den Ausdruck „Notstand“ ab und sprach von einer „angespannten Situation“. Er meinte, die Regierung könne nicht erst die Arbeitsergebnisse einer Kommission („Da kommt nichts Neues raus“) abwarten. Hintergrund der Debatte war, daß Hessen und Schleswig-Holstein auf Grund noch nicht rechtskräftiger Urteile vorerst keinen Giftmüll auf die DDR-Deponie Schönberg unweit von Lübeck bringen dürfen.

In Norddeutschland steht gegenwärtig nur die Deponie Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) für Einlagerungen offen. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) verbreitete am Donnerstag, die Betreibergesellschaft Dr. Dr. Anton Maier AG habe

dem Land Hessen dort bereits 90 Prozent der Lagerkapazität angeboten. Die Maier AG steht in Verkaufsverhandlungen mit dem Land Niedersachsen.

Ein Antrag der Grünen, daß Niedersachsen sofort den Giftmülltransport nach Schönberg verbieten soll, ist zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen worden. Der Grünen-Sprecher Hans Mönninghoff warf der Landesregierung vor, sie verstoße mit dem Erteilen von Transportgenehmigungen gegen geltende Gesetze. Umweltminister Remmers hatte am Donnerstag bereits bei anderer Gelegenheit gesagt, es sei nicht endgültig geprüft, ob Sickerwasser aus Schönberg nicht doch spätestens auf bundesdeutscher Seite aufgefangen werden können, bevor sie eine Gefahr für Lübeck werden könnten. Deshalb werde Niedersachsen zusammen mit anderen Bundesländern gegen die auf Hessen und Schleswig-Holstein abgestellten Einlagerungsverbote angehen.

Remmers berichtete von Gesprächen mit der DDR, die zum Ziel haben, Mängel an der Deponie zu beseitigen und mögliche Gefahren für die Umgebung auszuschließen. Solche Arbeiten müßten möglicherweise zum Teil von der Bundesrepublik finanziert werden.

HAZ 12. 12. 86

Klage gegen Niedersachsen?

Grüne wollen Giftmülltransporte in die DDR verbieten lassen

me. Hannover
Die Landtagsdebatte über die Sondermüllproblematik am Donnerstag könnte durch eine Nachricht aus Lübeck entscheidend geprägt werden. Ungefähr zeitlich mit der Landtagsaussprache über einen Antrag der Grünen, den Export niedersächsischen Giftmülls auf die DDR-Deponie Schönberg in der Nähe von Lübeck sofort zu beenden, wird die Lübecker Bürgerschaft darüber entscheiden, ob sie gerade wegen dieser Giftmüll-Lieferungen auch eine Klage gegen Niedersachsen einreichen wird. Die Hansestadt Lübeck hat bereits - wie berichtet - mit entsprechenden Schritten gegen die Länder Schleswig-Holstein und Hessen Erfolg gehabt. Eine Klage gegen Hamburg ist am Montag eingereicht worden. In Lübeck haben SPD und Grüne zusammen die Mehrheit.

Sprecher der niedersächsischen und der Lübecker Grünen erläuterten am Dienstag in Hannover die Gefahr, die die DDR-Deponie vor allem für die Trinkwasserversorgung Lübecks darstellt. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Hans Mönninghaus verwies darauf, daß die niedersächsische Landesregierung bereits Anfang 1983 in der Antwort auf eine Anfrage der Grünen eingestanden habe, die Unterbringung von Sondermüll im grenzna-

hen Gebiet der DDR sei im Hinblick auf eine Beeinträchtigung der Umwelt bedenklich. Es bestehe die Gefahr, daß Abfälle nicht ordnungsgemäß beseitigt werden.

Der Lübecker Grünen-Abgeordnete Günter Wosnitza berichtete ergänzend, das Ende vorigen Jahres verabschiedete Bundes-Abfallbeseitigungs-Gesetz erlaube den Giftmülltransport nur noch unter strengen Bedingungen, so daß die DDR-Deponie eigentlich schon längst nicht mehr aus der Bundesrepublik beliefert werden dürfte. Nach Wosnitzas Darstellung entspricht der Sicherheitsstandard der DDR-Deponie längst nicht den in der Bundesrepublik üblichen Anforderungen. Pro Jahr würden dort rund eine Million Tonnen Giftmüll eingelagert, allein aus Niedersachsen seien 1984/85 im Jahresmittel 92 000 Tonnen gekommen.

Vermittelt werden die Lieferungen über das „Hanseatische Baustoffkontor“ in Bad Schwartau bei Lübeck, das in der Preisgestaltung sehr frei sei und jede westliche Gebührenforderung unterbiete. Diese Art Devisenbeschaffung zugunsten der DDR, so sagten die Grünen-Sprecher, trage sicherlich zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Dr. Dr. Anton Maier AG, bei, die gegenwärtig noch die Deponie Hoheneggelsen betreibt.

HAZ Ns 10. 12. 86

Lübeck weitet Klagen gegen Giftmülltransporte aus

HAZ 9. 12. 86 Lübeck (dpa)
Die Stadt Lübeck hat ihre gerichtlichen Schritte gegen Giftmülltransporte auf die DDR-Kippe Schönberg ausgeweitet. Die Hansestadt befürchtet durch den in der Nähe lagernden Giftmüll eine Verseuchung des Grundwassers.

Am Montag reichte die Stadt Klage beim Verwaltungsgericht Hamburg gegen Genehmigungsbescheide für Mülltransporte aus Hamburg nach Schönberg ein. Hamburg liefert bislang pro Jahr rund 195 000 Tonnen Sondermüll, 111 000 Tonnen Klärschlamm und 200 000 Tonnen Hausmüll auf die DDR-Kippe. Zuvor hatte Lübeck bereits bei den zuständigen Gerichten in Darmstadt und Schleswig einen vorläufigen Transportstopp für Sondermüll aus Hessen und Schleswig nach Schönberg erwirkt. Außerdem, sagte Innensenator Hilpert, habe Lübeck bei den Genehmigungsbehörden aller anderen Bundesländer vom Saarland bis West-Berlin Widerspruch gegen Bescheide für Transporte nach Schönberg eingereicht.

Falls die Transporte nicht freiwillig eingestellt würden, werde Lübeck unverzüglich Klage erheben.

N.P.

Landespolitik aktuell... I

Niedersachsen liefert weiter Giftmüll in DDR

HANNOVER. Jährlich werden in Niedersachsen rund 300 000 Tonnen hochgiftiger Industrieabfälle produziert. Wohin mit diesem Giftmüll? Ist der Transport auf die umstrittene DDR-Deponie Schönberg bei Lübeck noch länger zu verantworten? Oder wo können die Abfälle sicher endgelagert werden? Und welche politischen Maßnahmen müssen durchgesetzt werden, um die Industrie zu zwingen, weniger Abfall zu produzieren?

Diese Fragen standen gestern im Mittelpunkt einer rund dreistündigen Kontroverse der Landtagsdebatte. Umweltminister Werner Remmers (CDU) wies dabei die Ansicht von SPD und Grüne zurück, wie in anderen Bundesländern gebe es auch in Niedersachsen einen „Sondermüllbeseitigungsnotstand“. Remmers räumte aber ein, daß die Lage „angespannt“ sei. Für eine „gewisse Zeit, aber nicht mehr lange“, könne sich Niedersachsen mit Zwischenlager-Deponien auf dem Gelände privater Industriefirmen behelfen.

Heftig umstritten blieb die geplante Einlagerung von Giftmüll aus Niedersachsen, Hamburg und Hessen in der Sondermülldeponie Hoheneggelsen bei Hildesheim und der Transport von jährlich rund 100 000 Tonnen Giftmüll auf die DDR-Deponie Schönberg bei Lübeck. SPD und Grüne halten beide Deponien im Gegensatz zu CDU und FDP für unsicher.

Der Grünen-Abgeordnete Hans Mönninghoff warf der

Landesregierung vor, indem sie die Genehmigungen für den Transport von Giftmüll nach Schönberg nicht widerrufe, handele sie „kriminell“ und verstoße gegen das Abfallgesetz. Er erinnerte daran, daß die Landesregierung bereits 1983 eingeräumt hatte, daß von der DDR-Deponie Gefahren für das Grundwasser der benachbarten Stadt Lübeck ausgehen könnten und daß inzwischen zwei Gerichte in Hessen und Schleswig-Holstein den Giftmüll-Transport nach Schönberg untersagt haben.

Auch der umweltpolitische Sprecher der SPD, Uwe Bartels, forderte den „sofortigen Ausstieg“ aus Schönberg. Die Transporte bewiesen das „Versagen“ bei der „Frage der Entsorgung unserer Industriegesellschaft“.

Remmers will jedoch an einer weiteren Nutzung von Schönberg festhalten, es sei denn, unwiderlegbar würde geklärt, daß die Deponie Grundwasser verseuche. Zur Zeit liefen Gespräche darüber, ob auch mit bundes-

deutscher Hilfe Sickerwässer auf der DDR-Deponie aufgefangen und geklärt werden könnten. Die Gerichtsentscheidungen gegen die Transporte könnten nicht überzeugen. Da sei er sich mit seinem hessischen Kollegen Joschka Fischer einig.

Umstritten blieb auch die Forderung der SPD, im Landtag eine „Enquete-Kommission“ zur Sondermüllpolitik einzusetzen.

Mit Hilfe von wissenschaftlichen Experten solle diese Kommission ein mittelfristiges Konzept für die Verminderung und sichere Beseitigung von Giftmüll erarbeiten, das die SPD dann bereit sei, gemeinsam mit der Regierung durchzusetzen. „Wir dürfen nicht so tun, als hätten wir die Giftmüllproblematik im Griff“, warnte SPD-Umweltsprecher Bartels die Regierung, weiter vor sich hin zu „werkeln“. Eine zweitägige Expertenanhörung, wie sie CDU und FDP statt der Enquete-Kommission wollen, sei nicht ausreichend.

Remmers deutete an, daß die Union möglicherweise der Bildung der Kommission zustimme. Noch sehe er aber nicht die „Brücke“, über die Opposition und Regierung gemeinsam gehen könnten.

Bu

HAZ 14. 1. 87

Regierung verschärft Auflagen für Giftmüllkippe Hoheneggelsen

Einlagerungsstopp in Sicht / Verkaufsgespräche dauern an

Eigener Bericht

vdB. Hannover/Hoheneggelsen

Die umstrittene Sondermülldeponie bei Hoheneggelsen im Landkreis Hildesheim wird höchstwahrscheinlich geschlossen – möglicherweise noch in dieser Woche. Die Behörden in Hildesheim und in Hannover nennen zwei Gründe für das in Aussicht genommene Einschreiten gegen den Betreiber der Deponie, die Dr. Dr. Anton Maier AG. Zum einen hat das Unternehmen noch immer nicht den Nachweis erbracht, daß für die Deponie eine Haftpflichtversicherung besteht. Zum anderen soll der Planfeststellungsbeschuß für den Betrieb der Deponie geändert werden.

Wie am Dienstag in Hannover verlautete, hat das Umweltministerium zu Beginn dieser Woche ein Verfahren zur Änderung des gültigen Planfeststellungsbeschlusses eingeleitet. Das Ministerium möchte erreichen, daß die Betreiber der Deponie künftig nicht mehr nur zwei Millionen Mark als Sicherheitsleistung für die Rekultivierung des Deponiegeländes, aber auch für etwaige Schäden und Beeinträchtigungen hinterlegen müssen, sondern mindestens 15, vielleicht sogar 20 Millionen Mark.

Nachhaftung für fünf Jahre

Überdies soll der Versicherungsschutz neu festgesetzt werden. Statt der bisher verlangten Haftungssumme für Personen- und Sachschäden von zwei Millionen Mark sollen nach Änderung des Planfeststellungsbeschlusses 15 bis 20 Millionen Mark gefordert werden, zusätzlich eine sogenannte Nachhaftung für die ersten fünf Jahre nach Stilllegung der Deponie.

Im Ministerium hält man die Aufstockung der Sicherheitsleistung und der Betriebshaftpflicht für dringend geboten, weil sich in der längst stillgelegten Sondermülldeponie Münchenhagen (Kreis Nienburg) in diesen Tagen deutlich abzeichnet, welche Kosten eine Sanierung nach sich ziehen kann. Zwei Millionen Mark seien da kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, heißt es im Landtag.

Da die Maier AG – wie berichtet – allem Anschein nach große Probleme hat, einen

Haftpflichtversicherer für die Deponie in Hoheneggelsen zu finden sowie einen bestehenden Versicherungsschutz nachzuweisen, zeichnet sich ab, daß das Unternehmen auch die im geänderten Planfeststellungsbeschuß genannten Auflagen nicht erfüllen kann. Den Behörden bliebe dann nichts anderes übrig, als den Betrieb zu untersagen. Nach Auffassung der Kreisverwaltung in Hildesheim ist der Versicherungsschutz mit Ende des vergangenen Jahres abgelaufen. Mit Blick auf die Feiertage hat die Kreisverwaltung der Maier AG für die Vorlage einer gültigen Versicherungspolice eine Frist bis zum Donnerstag dieser Woche gesetzt. Wenn die Maier AG bis dahin den Versicherungsschutz nicht nachweisen kann, soll der Betrieb in Hoheneggelsen sofort gestoppt werden.

Staatliche Regie

Die Auseinandersetzungen zwischen dem Umweltministerium und der Maier AG sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß sich die Landesregierung seit Anfang vergangenen Jahres bemüht, die Giftmülldeponie zu kaufen und in staatliche Regie zu übernehmen. Bisher ist jedoch keine Einigung über den Kaufpreis in Sicht. Die Maier AG verweist darauf, daß die Deponie in Hoheneggelsen die einzige betriebsbereite in Niedersachsen ist. Offenbar belastet diese monopolähnliche Stellung die Verkaufsgespräche, in die sich Ende November auch Ministerpräsident Ernst Albrecht eingeschaltet hat.

Land soll für Hoheneggelsen fast 160 Millionen Mark zahlen

Maier AG möchte sich zudem ein Monopol einräumen lassen

Eigener Bericht.

vdB. Hannover/Hoheneggelsen

Die Dr. Dr. Anton Maier AG hat zum ersten Mal schriftlich dargelegt, wie sie sich die Zusammenarbeit mit der vom Land Niedersachsen gegründeten Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfällen (NGS) und den Betrieb der Giftmülldeponie in Hoheneggelsen in den Jahren von 1987 bis 1991 vorstellt. Dem Unternehmen schwebt vor, die Deponie aus dem Konzernverbund auszugliedern. Anschließend sollen eine Besitz- und eine Betriebsgesellschaft für Hoheneggelsen gegründet werden.

Die Maier AG ist bereit - wie sie schreibt -, die Eigentumsrechte an die NGS abzutreten. Als Gegenleistung fordert sie 75 Prozent der Anteile an der Betriebsgesellschaft. Zudem möchte das Unternehmen vom Land gewissermaßen ein Monopolrecht für die Sonderabfallentsorgung eingeräumt bekommen: Durch einen Anlieferungszwang für die Deponie in Hoheneggelsen soll die Konkurrenz (zum Beispiel die Deponie Schönberg in der DDR) ausgeschaltet werden. Mit anderen Worten, die geplante Betreibergesellschaft möchte die Preise allein bestimmen.

Die Geschäftsführung der Maier AG hält einen Durchschnittspreis von etwa 400 Mark pro Kubikmeter für angemessen und durchsetzbar, obwohl dieser Betrag in etwa doppelt so hoch ist wie der gegenwärtige Marktpreis.

Das Unternehmen rechnet sich Einnahmen in Höhe von mindestens 48 Millionen Mark jährlich aus. Der Gesamterlös

wird auf 244 Millionen Mark geschätzt. Die Aufwendungen für den Schuldendienst werden mit insgesamt 140 Millionen Mark angegeben.

Die Betriebsgesellschaft will sich die Arbeit in Hoheneggelsen mit insgesamt 158,3 Millionen Mark von der Besitzgesellschaft bezahlen lassen, so daß sich ein Ertrag von 18,3 Millionen ergeben würde. In ihr Zahlenwerk haben die Maier-Manager auch einbezogen, daß die Betriebsgesellschaft an jeder eingelagerten Tonne Sondermüll 40 Mark verdient. Die Forderungen und Betrachtungen der Maier AG belasten derzeit die Verhandlungen mit der Landesregierung. Offenbar sind das Umweltministerium und die NGS nicht bereit, den Betrag von 158,3 Millionen Mark für die Deponie aufzuwenden. Die Vorstellungen der Maier AG haben dem Vernehmen nach ihre Ursache in der hohen Verschuldung des Unternehmens. Die Verbindlichkeiten werden allein auf gut 100 Millionen Mark geschätzt.

ASTAG, 19. FEBRUAR 1987

Remmers will in der DDR alte Müllkippen besichtigen

vdB. Hannover

Der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers will noch in diesem Jahr in die DDR fahren und sich über die dort üblichen Formen der Trinkwasseraufbereitung, die Abwasserbehandlung sowie über die Sanierung alter Müllkippen informieren. Remmers sagte am Mittwoch in Hannover, grundsätzlich könne und müsse die Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet des Umweltschutzes verstärkt werden.

Der Minister teilte in diesem Zusammenhang mit, daß sich zu Beginn dieser Woche drei hohe Beamte seines Hauses in der Mark Brandenburg aufgehalten haben. Sie besuchten dort ein volkseigenes Kombinat, das zentral für die gesamte DDR die Wasserversorgung und die Abwasserreinigung organisiert. Bei diesem Besuch - so das Umweltministerium in Hannover - wurde verabredet, daß die in der DDR entwickelten Verfahren zur Klärschlammbehandlung demnächst auch in Niedersachsen getestet werden. Anfang dieses Jahres hatten sich Abwasserexperten aus der DDR in Niedersachsen umgesehen und bei dieser Gelegenheit ihre Kollegen aus dem Umweltministerium in die Mark Brandenburg zu einer Kombinatbesichtigung eingeladen.

Maier AG plant: Riesencontainer in Tongrube

Wird Hoheneggelsen
Hochsicherheitsdeponie?

Hannover/Hoheneggelsen (lni/-ie)

Die Dr. Dr. Anton Maier AG möchte die Kapazität ihrer Sondermülldeponie in Hoheneggelsen bei Hildesheim auf 1,5 Millionen Kubikmeter erweitern und zu diesem Zweck eine größere Zahl sogenannter Tiefenbehälter aufstellen. Das Unternehmen in Uetze-Dollbergen (Kreis Hannover) teilte am Mittwoch mit, für die Verwirklichung dieser „Hochsicherheitsdeponie“ seien 250 Millionen Mark erforderlich.

Die Maier AG möchte 1989 mit dem Bau des ersten Tiefenbehälters beginnen. Ein riesiger Container soll in die vorhandenen Tongruben gestellt werden. Das Unternehmen räumte ein, der erste Behälter müsse vorfinanziert werden. Die Einnahmen bei der Verfüllung dieses Containers würden nach und nach die übrigen Investitionen erwirtschaften.

Wie berichtet, steckt die Maier AG wegen der Probleme beim Absatz von Erzeugnissen aus der Altölaufbereitungsanlage in finanziellen Schwierigkeiten. Die Verbindlichkeiten werden auf mindestens 70 Millionen Mark geschätzt.

Gegenwärtig sind 410 000 Kubikmeter als Deponie für Sonderabfälle freigegeben. Für weitere 250 000 Kubikmeter ist das Genehmigungsverfahren noch nicht rechtskräftig entschieden.

Land zahlt 85 Mio. Mark für die Mehrheit an Hoheneggelsen

Neue Gesellschaft / Dr. Dr. Anton Maier AG bleibt mit 26 Prozent im Geschäft / Scharfe Kritik seitens der SPD

-TT- HANNOVER/HILDESHEIM. Der Kauf der Sondermülldeponie Hoheneggelsen bei Hildesheim ist perfekt. Eine neu gegründete Gesellschaft „Niedersächsische Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen mbH“ (SDH) überweist dem bisherigen Alleinbetreiber der Deponie, der bereits mehrfach wegen verschiedener Unfälle und Unzulänglichkeiten auf dem Deponiegelände in die Schlagzeilen gerückten Dr. Dr. Anton Maier AG, 85 Millionen Mark für die Grundstücke sowie die Rechte an der Deponie.

Der Komplex der zukünftigen Beteiligungen ist jedoch nicht so einfach, wie es auf dem ersten Blick aussieht. Denn die Dr. Dr. Anton Maier AG behält auch in Zukunft einen 26-Prozent-Anteil an der SDH, die die Deponie betreiben wird. Die restlichen 74 Prozent gehören der „Niedersächsischen Gesellschaft für Sonderabfall“ (NGS). Und an dieser wiederum ist das Land Niedersachsen mit 51 Prozent beteiligt.

Das Stammkapital der SDH in Höhe von 3 Millionen Mark wird von den beiden Gesellschaftern anteilig bereitgestellt. Die neuen Betreiber, jetzt allen voran Niedersachsens Umweltminister Dr. Werner Remmers, sehen eine Einlagerungsmenge von 120 000 Tonnen Sondermüll jährlich vor. Dabei denkt Remmers „zunächst an die Entsorgungsprobleme im eigenen Lande. Sein Umweltministerium erklärte gestern, daß die „Einlagerung niedersächsi-

scher Abfälle Vorrang vor den Sonderabfällen anderer Bundesländer“ habe. Dennoch zeigt sich der Minister auch von der nachbarschaftlichen Seite, Remmers wörtlich: „Selbstverständlich werden wir aber anderen Bundesländern, insbesondere unseren Nachbarn, helfen.“

Um, wie Remmers selbst sagt, „den Forderungen nach einer Mehrbarriere-sicherung, einer kontrollierten Wasserhaltung und einer grundsätzlich möglichen Rückholbarkeit entgegenzukommen“, will er die Entwicklung von der Grubentechnik zur Ringschachttechnik vorantreiben. Mit der Übernahme der Deponie Hoheneggelsen „realisieren wir den ersten Baustein unseres Entsorgungskonzeptes“. Es ist vertraglich festgeschrieben worden, daß das Land über die NGS künftig voll über Einlagerpreise und -mengen sowie die Sicherheitsauflagen bestimm-

men kann. Künftig solle, so Remmers, kein „Mülltourismus“ nach Schönberg/DDR von Niedersachsen ausgehen. Niedersächsische Firmen, bei denen Sonderabfälle produziert werden, müssen demnach künftig in Hoheneggelsen einlagern.

Als „umweltökonomischen Pyrrhussieg“ bezeichnete der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Bartels, gestern nachmittag den Hoheneggelsen-Vertrag. Die Übernahme der Sonderabfalldeponie sei ein Lehrstück dafür, wie man den Verursachern von Umweltproblemen „ihre Aktivitäten auch noch versilbert“. Der Vertrag beweise aufs neue die Konzeptionslosigkeit und umweltökonomische Ahnungslosigkeit der Sonderabfallpolitik von Umweltminister Remmers. Bartels kritisierte, daß 85 Millionen Mark gezahlt werden, obwohl der genaue Marktwert der Deponie noch gar nicht feststehe. Dieser Wert müsse erst noch durch ein Gericht festgestellt werden. Bartels: „Das Umweltministerium scheint heute schon zu wissen, wie das Gericht entscheiden wird.“

Zweiter Punkt der Kritik seitens der SPD ist eine 30-Millionen-Mark-Rücklage für „eventuelle Sanierungs-

fälle“. Das Land übernehme freiwillig 74 Prozent möglicher Sanierungsmillionen, abgesehen davon, daß die angesetzten 30 Millionen allein angesichts „der von dem neunten parlamentarischen Untersuchungsausschuß festgestellten abgelagerten 16 bis 33 Tonnen Gesamtdioxin lächerlich ist“.

Doch noch viel schlimmer stuft Bartels die für ihn feststehende Tatsache ein, daß der „Handlungsspielraum der NGS in bezug auf umweltpolitische Vorsorgepolitik im Bereich Vermeidung und Verwertung von Sondermüll gleich Null ist“. Zum Beweis dieser Behauptung führt der SPD-Politiker den Umstand an, daß das Land als Mitinhaber der NGS Firmen aufgenommen habe, die an der Sonderabfallbeseitigung verdienen wollen. Nur so könne es zu dem Kuriosum kommen, daß eine Tochterfirma des NGS-Gesellschafters Peine-Salzgitter gegen den eigenen Vertragsentwurf Stellung bezogen habe. Die Zugeständnisse, die die NGS nun der Tochter ihres eigenen Gesellschafters für entgangene Einlagerungsrechte in Form einer Option auf einen gewinnträchtigen Auftrag habe zustehen müssen, zeige beispielhaft, wie erpreßbar die NGS sei.

Kommentar:

Zu hoher Preis

Von Bernd Marchewka

Für stolze 85 Millionen Mark hat gestern die Giftmülldeponie Hoheneggelsen den Besitzer gewechselt. Ein Preis, den keine der am einhalb Jahre währenden Verhandlungspoker beteiligten Seiten als Kompromiß bezeichnen wird. Besitzer ist künftig also, über verschiedene Verschachtelungen, das Land Niedersachsen. Der bisherige Besitzer aber, die Dr. Dr. Anton Maier AG, darf sich aus zwei Gründen freuen: Wird sie doch mit 26 Prozent Anteilen an künftigen Gewinnen des neuen Deponiebetreibers teilhaben und dazu noch 85 Millionen Mark für ein Gelände einstecken, das vielleicht ein Zehntel der Summe wert ist und zudem mit ganz erheblichen Dioxinproblemen mehr als vorbelastet ist. Doch mit dem Verkauf an die landeseigene Niedersächsische Gesellschaft für Sonderabfall (NGS) ist die Maier AG auch das Problem einer möglichen Sanierung losgeworden. Und rund 16 bis 33 Tonnen (!) nachweislich in der Deponie gelagerte Gesamtdioxine dürften dem bisherigen Betreiber eine größere Last gewesen sein, als das „schlechte Gewissen“ bei dem unverschämten hohen Verkaufspreis. Für Niedersachsens Umweltminister Werner Remmers ist der Kauf dennoch ein „Meilenstein auf dem Weg zu einer sicheren und zukunftsorientierten Entsorgungspolitik“. Daß aber die eigentlichen Belastungen der Umwelt für ihr Tun auch noch gut bezahlt werden, ist ein zu hoher Preis.

H 4 2 11/15 27.7.87

„Keine müde Mark für Hoheneggelsen“

H 4 2 Deponiegegner trafen sich zu einer Giftmülltagung 27.7.87

Hoheneggelsen (Ini/sus)

Die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Hoheneggelsen widerspricht der Auffassung der niedersächsischen Landesregierung, die auf der Sondermülldeponie Hoheneggelsen bisher eingelagerten 650 000 Kubikmeter Abfälle befänden sich in nahezu wasserundurchlässigen Tongruben, so daß keine weiteren Sicherungsmaßnahmen erforderlich seien. Auf einer Tagung zur Giftmüllproblematik am Wochenende in Hoheneggelsen bei Hildesheim, an der Vertreter von Bürgerinitiativen aus ganz Niedersachsen teilnahmen, sagten Sprecher der Deponiegegner, es gebe neue Hinweise darauf, daß der Boden nicht so dicht sei, wie bisher angenommen.

Mit finanzieller Unterstützung der Gemeinde Söhle hat die Bürgerinitiative am Südrand der bereits verfüllten Altdeponie für 20 000 Mark zwei etwa 40 Meter tiefe „Kontrollbrunnen“ niederbringen lassen. Dabei sei festgestellt worden, daß nach dem Leerpumpen das Wasser unter-

schiedlich schnell nachlaufe, in einem Brunnen rund 300 Liter in der Stunde, erläuterte der Chemiker und einer der Sprecher der BI, Dr. Michael Lorke. Ein Geologe soll jetzt prüfen, inwieweit bisherige Bodengutachten damit widerlegt werden können. Eine 50-Milliliter-Wasserprobe geht als „Gruß“ an Umweltminister Remmers.

Die bevorstehende Übernahme der bisher von der Dr.-Dr.-Maier-AG betriebenen Sondermülldeponie durch die Niedersächsische Sonderabfall-Gesellschaft (NGS) wird von der Bürgerinitiative im Grundsatz begrüßt, da das Land Niedersachsen an der NGS die Mehrheit hält. Unverständlich ist den Deponiegegnern allerdings, daß das Land davon ausgeht, Hoheneggelsen werde kein Sanierungsfall, und daß die Maier AG voraussichtlich über 80 Millionen Mark erhalten soll. „Keine müde Mark dürfte man dafür opfern“, sagte Angelika Güntzel als Sprecherin der Bürgerinitiativen, „die Sanierung wird ohnehin teuer genug.“

Weiter Streit um Hoheneggelsen

Keine Einigung über geplanten Verkauf erzielt

Eigener Bericht

p. s. Hannover

Beamte des niedersächsischen Umweltministeriums und Vertreter der vier beteiligten Unternehmungen haben am Freitagnachmittag in Hannover den neuen Konflikt um die Zukunft der Giftmülldeponie Hoheneggelsen beizulegen versucht. Ergebnisse der Verhandlungen wurden zunächst nicht bekannt. Wie ausführlich berichtet, ist der neue unerwartete Streit dadurch entstanden, daß die Neuregelung der Eigentumsrechte an der Deponie durch gerichtliche Schritte einer Firma vorerst gestoppt wurde, die eigene Interessen verletzt sieht.

Die Deponie gehörte bisher der Maier AG. Sie ist sich mit der Regierung einig geworden, das Gelände an die Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagung von Sonderabfällen (NGS) zu verkaufen. Die NGS gehört zu 51 Prozent dem Land, Anteile hat auch die Salzgitter AG. Verabredet wurde ein Kaufpreis von 85 Millionen DM. Die Deponie soll fortan von einer „Sondermülldeponie Hoheneggelsen GmbH“ betrieben werden, an der die Maier AG mit 24 Prozent beteiligt werden soll.

In den Abmachungen hat sich die Maier AG verpflichtet, 30 Millionen DM

als Reserve für mögliche Spätschäden bereitzustellen. Beim Landgericht Hildesheim hat die Firma Noell-Rüterbau, die zu 100 Prozent der Salzgitter AG gehört, eine einstweilige Verfügung gegen diesen Vertragsabschluß erwirkt. Das Unternehmen beruft sich auf frühere Zusagen der bisherigen Deponie-Eigentümerin, in Hoheneggelsen größere Mengen Giftmüll ablagern zu dürfen, was in dem Übernahmevertrag nicht berücksichtigt worden sei. Bei den Verhandlungen am Freitag sollte dieser Anspruch geklärt werden, wobei Beobachter annahmen, daß mögliche Änderungen an dem Vertragsentwurf zu Lasten der Maier AG gehen müßten.

An dem Treffen im Umweltministerium nahmen Staatssekretär Hans-Joachim Reinke sowie Vertreter der Salzgitter AG, der Maier AG, der NSG und der Noell-Rüterbau teil. Es fiel auf, daß einer der Gesprächspartner in seinen Funktionen als Vorstandsmitglied der Salzgitter AG für Abfallbeseitigung, als Aufsichtsratsvorsitzender der Noell-Rüterbau und als NSG-Aufsichtsrat dreifach in die Angelegenheit verwickelt ist. In der Umgebung von Umweltminister Werner Remmers hieß es, es sei merkwürdig, wenn einer ein Jahr lang mit am Verhandlungstisch sitze und danach das Ergebnis zu torpedieren versuche.

Nds 7.8.

H 4 2

11/15

27.7.87

Für jede Tonne Sondermüll kassiert das Land 300 Mark

Deponie Hoheneggelsen wurde für 85 Millionen Mark verkauft / SPD und Grüne kritisieren den hohen Preis

Remmers vertrat nach der Vertragsunterzeichnung vor Journalisten die Auffassung, der Preis entspreche dem Marktwert und sei gerechtfertigt. Schon in sieben Jahren werde sich die Deponie amortisiert haben. Dagegen warf die SPD-Fraktion im Landtag dem Minister vor, er versilbere mit diesem Kauf die Aktivitäten der Verursacher von Umweltproblemen. Nach Ansicht der Grünen hat der Umweltminister „viele Millionen Mark Steuergelder für einen äußerst fragwürdigen Prestigeerwerb“ ausgegeben.

Mit der Vertragsunterzeichnung am Dienstagmorgen im Umweltministerium wurde der Schlußstrich unter monatelange Auseinandersetzungen um die 20 Kilometer östlich von Hildesheim gelegene Sonderabfalldeponie gezogen. Das Ergebnis der Verhandlungen stellte Remmers so dar:

- Es wurde eine „Gesellschaft Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen mbH“ (SDH) gegründet.
- Die NGS, an der das Land mit 51 Prozent mehrheitlich beteiligt ist, hat einen Anteil von 74 Prozent an dieser SDH.
- Die Anton Maier AG ist mit 26 Prozent beteiligt.
- Die Gesellschaft kauft für 85 Millionen Mark die Grundstücke, die Rechte an der Deponie und das Know-how.

Eigener Bericht

eg. Hannover/Hoheneggelsen

Das Land Niedersachsen hat nach Auffassung von Umweltminister Werner Remmers am Dienstag einen „ersten großen Schritt zu einem landesweiten Entsorgungskonzept für Sonderabfälle getan“. Die Kosten dieses Schrittes betragen genau 85 Millionen Mark. Zu diesem Preis hat die Dr. Dr. Anton Maier AG am Dienstag die Sondermülldeponie Hoheneggelsen an die Niedersächsische Sonderabfall-Gesellschaft (NGS) verkauft, an der das Land mit einer 51-Prozent-Mehrheit beteiligt ist.

● Die Gesellschafter stellen anteilig das Stammkapital von drei Millionen Mark bereit.

Darüber hinaus wurde ein Geschäftsterdarlehen in Höhe von 27 Millionen Mark vereinbart, das als Versicherung für eventuellen Sanierungsbedarf gilt. Alle bisher im Deponiebereich tätigen Mitarbeiter werden übernommen. Die Gemeinde Hoheneggelsen erhält die bei einem Industriebetrieb übliche Gewerbesteuer.

Der, wie er zugab „stolze Preis“ von 85 Millionen Mark entspricht nach Darstellung des Umweltministers einerseits dem von hannoverschen Wirtschaftsprüfungsinstitut „Treuarbeit“ ermittelten Marktwert. Andererseits sei er auch deshalb gerechtfertigt, weil die erwarteten Einnah-

men die NGS in die Lage versetzten, weitere Entsorgungsschritte zu finanzieren und die dringend notwendige Altlastsanierung zu unterstützen.

Die Deponie Hoheneggelsen verfügt zur Zeit noch über ein Fassungsvermögen von 880 000 Tonnen. Durch den Bau von Ringschächtanlagen könne diese Kapazität mit einem Kostenaufwand von 75 Millionen Mark ohne Erweiterung des Deponiegeländes auf 2,5 Millionen Tonnen angehoben werden, sagte Remmers.

Nach den bisherigen Plänen sollen in Hoheneggelsen künftig 120 000 Tonnen bis 170 000 Tonnen Sondermüll pro Jahr eingelagert werden. Die Kosten würden mit 300 Mark pro Tonne an der „oberen Grenze“ im Bundesgebiet liegen. Im Ministerium werde schon „über Möglichkeiten

nachgedacht“, die Abfallströme so zu lenken, daß kein „Mülltourismus“ in Billigländer einsetzt, teilte Remmers mit. Grundsätzlich werde die Einlagerung niedersächsischer Abfälle den Vorrang haben vor den Sonderabfällen anderer Bundesländer. „Selbstverständlich werden wir aber insbesondere unseren Nachbarn, helfen“, fügte Remmers hinzu. Dabei sei auch die Übernahme von Müll aus dem Ausland nicht auszuschließen.

Die SPD-Landtagsfraktion bezeichnet es in einer Stellungnahme vom Dienstag als lächerlich, daß sich das Land Niedersachsen verpflichtet habe, 74 Prozent eventueller Sanierungsmillionen zu übernehmen und darüber hinaus an den Verursacher eines solchen Sanierungsfalles, die Anton Maier AG, zahle. Dies sei besonders deshalb bedenklich, „weil Grundwasseruntersuchungen einer örtlichen Bürgerinitiative die Wahrscheinlichkeit eines Sanierungsfalles erhöht“ hätten. Noch schärfer formulierten die Grünen im Landtag ihre Kritik. Bei den in Hoheneggelsen lagernden Giftmüllmengen handele es sich – wie in München – um eine gefährliche Altlast. Die Grünen fordern, so bald wie möglich eine Sonder-sitzung des Umweltausschusses einzuberufen, damit der Umweltminister dort Rede und Antwort stehen könne.

Handwritten notes on the right margin, including the number "5-8" and "8-8".

Gericht blockiert Verkauf der Giftmülldeponie Hoheneggelsen

Remmers mit Maier AG handelseinig / Ärger mit Salzgitter AG

Eigener Bericht

vdB. Hannover

Zwischen der niedersächsischen Landesregierung und dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern gibt es eine harte Auseinandersetzung. Der Grund: Die Firma Noell-Rüterbau, eine 100prozentige Tochter der Salzgitter AG, will den Vertrag zwischen der Maier AG und der vom Land beherrschten Niedersächsischen Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfällen (NGS) über den Verkauf der Giftmülldeponie in Hoheneggelsen bei Hildesheim verhindern.

Das Umweltministerium in Hannover teilte am Donnerstagabend auf Anfrage mit, die Verhandlungen zwischen der NGS und der Maier AG seien abgeschlossen. Man habe sich geeinigt, daß die NGS 74 Prozent der Anteile an der Sondermülldeponie erwerbe. Über den Kaufpreis machte das Ministerium keine konkreten Angaben. Es hieß, es gebe einen Kompromiß zwischen der Forderung der Maier AG (125 Millionen Mark) und dem ursprünglichen Angebot der NGS (60 Millionen Mark). Das Vertragswerk sei vom Kabinett gebilligt worden, die sich zu 51 Prozent im Landesbesitz befindet, könne sofort unterschreiben.

Inzwischen hat jedoch die Noell-Rüterbau beim Landgericht in Hildesheim eine einstweilige Verfügung gegen die Maier AG erreicht. Sie verbietet der Maier AG, den Vertrag mit der NGS abzuschließen. Die Noell-Rüterbau besteht auf alten Vereinbarungen mit der Maier AG, die durch den Kaufvertrag mit der NGS zunichte gemacht würden. So soll die Maier AG der Salzgitter-Tochter zugestanden haben, in Hoheneggelsen 50 000 Tonnen Sonderabfall einlagern zu dürfen und an der Modernisierung und Erweiterung der

Deponie beteiligt zu werden. Dies soll angeblich nicht in dem Vertrag zwischen der NGS und der Maier AG berücksichtigt worden sein.

Umweltminister Werner Remmers meinte gestern Abend auf Anfrage zu dem neuerlichen Konflikt um Hoheneggelsen, die Firma solle doch Vernunft walten lassen. Remmers: „Das Interesse einer einzelnen Firma darf nicht das Gesamtinteresse von Politik, Gewerkschaften und Unternehmen in Gefahr bringen.“ Remmers warf der Firma Noell-Rüterbau vor, die Weiterentwicklung der Industriepolitik zu gefährden. Er kündigte für heute „ernste Gespräche“ mit der betroffenen Firma an. Das Umweltministerium hegt den Verdacht, daß die Firma die einstweilige Verfügung nur erwirkt hat, weil sie sich Aufträge in Hoheneggelsen sichern will.

Unklar ist, ob die Firma ihr Vorgehen mit ihrer Muttergesellschaft abgestimmt hat, zumal der Salzgitter-Konzern neben dem Land und der Preussag AG einer der größten Gesellschafter der NGS ist und der bundeseigene Konzern bisher immer bekundet hat, er sei an einer Übernahme der Deponie in Hoheneggelsen durch die NGS stark interessiert.

Abfallforschung in Braunschweig

Neugeschaffenes Institut soll hauptsächlich Koordinationsarbeit leisten

BRAUNSCHWEIG (Inl) - Ein Zentrum für Abfallforschung (ZAF) hat die Technische Universität Braunschweig errichtet. Das Institut soll unter anderem Möglichkeiten der Beseitigung organischer Abfälle untersuchen.

TU-Präsident Professor Bernd Rebe bezeichnete es als Aufgabe der gemeinsamen Einrichtung von Wissenschaftlern aus 14 bestehenden Instituten in vier Fachbereichen und einem noch zu schaffenden Institut für Abfallanalytik, interdisziplinäre Forschungen zu koordinieren. Dazu gehören die Abfallbehandlung, das Sanieren von Altlasten und kontaminierten Standorten sowie das Minimieren des Anfalls toxischer Stoffe in der Güterproduktion. Für Außenstehende soll das ZAF als zentrale Anlaufstelle dienen.

Die Umweltforschung in Niedersachsen wird nach den Worten Professor Rebes durch das Zentrum für Abfallforschung, das sich vorwiegend mit organischen Abfällen beschäftigen werde, hervorragend ergänzt. Bisherige

Schwerpunkte seien an der Universität Göttingen die Waldschadenforschung, am Fraunhofer-Institut in Hannover die Toxikologie- und Aerosolforschung, und an der TU Clausthal würden Behandlung und Recycling anorganischer Abfälle geplant. Das Braunschweiger ZAF wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell unterstützt.

NLZ 8.5.86 Strengere Regeln für Giftmüllexporte

dpa BRÜSSEL. Der EG-Umweltministerrat hat gestern eine Richtlinie für den Export von Giftmüll beschlossen, die der Bundesrepublik ein Mitspracherecht bei der EG-Ausfuhr von giftigen Chemie-Abfällen in die DDR ermöglicht.

Giftige Stoffe dürfen jetzt nur noch dann in Drittländer - beispielsweise des Ostblocks oder der Dritten Welt - ausgeführt werden, wenn diese sich zu einer sachgerechten Lagerung bereit erklären. Außerdem muß das letzte Transitland sich mit dem Transport in den Nicht-EG-Staat einverstanden zeigen.

Das bedeutet, daß Bonn allen Transporten von Giftmüll in die DDR-Depotie Schönberg zustimmen muß. Ausgenommen sind Giftmüll-Transporte, die auf dem Seeweg über einen DDR-Hafen angeliefert werden.

EG: Bonn verstößt gegen Wasserschutz

Brüssel (dpa)

Die EG-Kommission hat gegen eine Reihe von Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, darunter die Bundesrepublik, Verfahren eingeleitet, weil diese Staaten angeblich gegen EG-Bestimmungen zur Reinhaltung von Trinkwasser verstoßen. Wie ein Sprecher der Kommission am Freitag in Brüssel bekanntgab, richten sich diese Verfahren gegen Italien, Großbritannien, Belgien, Griechenland und die Bundesrepublik.

Ihnen wird unter anderem vorgeworfen, Beschlüsse des EG-Ministerrats zum Schutze der Qualität von Wasser sowie gemeinschaftliche Höchstgrenzen für Schadstoffe nicht in ihre nationalen Gesetze und Trinkwasserverordnungen übernommen zu haben. Die Bundesrepublik, so die EG-Kommission, verstoße vor allem gegen eine 1980 beschlossene EG-Richtlinie, weil Normen über den Gehalt von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln im Wasser erst 1989 in Kraft treten sollten. Die EG-Richtlinie von 1980 hatte dagegen festgelegt, daß die Mitgliedsstaaten die Höchstwerte zur Sicherung der Trinkwasserqualität bis 1982 in nationales Recht umsetzen müßten.

HAZ Hannover 17.10.80 Land will in Hannover Dioxin-Labor aufbauen

Abgesicherte Anlage im Hanomag-Gelände geplant

In Hannover soll möglichst bald ein modernes staatliches Labor zur Analyse von Dioxinen aufgebaut werden. Ein Sprecher des Umweltministeriums bestätigte Informationen der HAZ, wonach dieses Untersuchungslabor im Rahmen des Landesamtes für Immissionschutz auf dem Hanomag-Gelände aufgebaut werden soll. Bisher steht allerdings noch nicht fest, wie viele Wissenschaftler in dieser neuen Einrichtung arbeiten sollen und wie hoch die Investitionen sind.

Der von Umweltminister Werner Remmers befürwortete Plan, dem Landesamt für Immissionschutz ein Dioxin-Untersuchungslabor anzugliedern, bezeichnete Ministeriumssprecher Hermann Kues als „logische Konsequenz aus den bisherigen Erfahrungen im Umgang mit den Umweltbelastungen durch Dioxine“. Aus Gründen der Effektivität - eine Dioxinanalyse kostet je nach Untersuchungsauftrag zwischen 3000 und 7000 Mark - und der schnelleren Verfügbarkeit von Ergebnissen sei es angebracht, eine staatliche Institution damit zu beauftragen.

Bereits zu Jahresbeginn hatte Niedersachsen beim Staatlichen Chemischen Untersuchungsamt in Oldenburg ein Labor zum Nachweis von Dioxinen in Lebensmitteln in Betrieb genommen. Diese Einrichtung ist mit vier Planstellen für Wissenschaftler und Chemotechniker ausgestattet, der Aufwand für moderne Analysegeräte lag bei über einer Million Mark. Wie es im Umweltministerium heißt, soll dieses Labor aus der Zuständigkeit des Landwirtschaftsministeriums

bald übernommen werden. „Wir kommen nur Schritt für Schritt weiter. Für 1987 stehen noch keine Gelder für Hannover bereit“, meinte Kues. Allerdings werde der Bedarf für schnelle Dioxinanalysen stärker. „Wir wissen noch gar nicht, wie viele Zeitbomben im Boden ticken. Da müssen wir zügig Laborkapazität schaffen.“ Die Einrichtung eines Labors auf dem Hanomag-Gelände, wohin das Landesamt für Immissionschutz in den nächsten Monaten umzieht, erfordert einen hohen technischen Sicherheitsaufwand, beispielsweise den Einbau besonderer Filteranlagen. „Die Sensibilität ist gewachsen, wir hoffen, daß wir das Labor bald genehmigt bekommen“, so Kues.

Bereits vor zwei Jahren hatte die Landesregierung erwogen, in Hannover ein Dioxin-Analysezentrum aufzubauen. Damals hatten sich außer der Tierärztlichen Hochschule auch das Fraunhofer-Institut für Toxikologie und Aerosolforschung beworben, doch wurden diese Bemühungen nicht weiterverfolgt. WSt

Nds.

MONTAG, 3. AUGUST 1987

Konflikt um Hoheneggelsen ist beigelegt

Kaufvertrag soll Montag unterzeichnet werden

Hannover/Hoheneggelsen (Ini)
 Der Konflikt um den Kauf der Sondermülldeponie Hoheneggelsen bei Hildesheim durch die landeseigene Niedersächsische Sonderabfall-Gesellschaft (NGS) ist beigelegt. Der Sprecher des Niedersächsischen Umweltministeriums, Hermann Kues, teilte am Sonntag mit, die Firma Noell-Rüterbau habe sich bereit erklärt, ihre einstweilige Verfügung gegen den Eigentümer der Deponie, die Anton Maier AG, zurückzuziehen.

Mit der Vertragsunterzeichnung zwischen der NGS und der Maier AG sei bereits am Montag zu rechnen.

Die Noell-Rüterbau habe damit ihre Ansprüche auf eine Beteiligung als Betreiber von geplantem neuen Deponieraum zurückgezogen und verlange auch keine Ersatzleistung mehr. Die künftigen Eigner der Sondermülldeponie haben, so Kues, der Noell-Rüterbau allerdings eingeräumt, sie bei der Auftragsvergabe für den Bau der fünf geplanten Ringschachtsilos „in gewissem Umfang vorrangig zu berücksichtigen“, sofern sie preislich nicht über dem günstigsten Angebot liege.

Kaufpreis rund 80 Millionen

Am Freitag noch hatte sich ein Vorstandsmitglied des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns, zu dem auch die Noell-Rüterbau gehört, hinter die Forderungen ihres Tochterunternehmens gestellt, allerdings das gerichtliche Vorgehen kritisiert. Die Gespräche am Freitag seien zunächst sehr kontrovers verlaufen, sagte Kues. Allen Beteiligten sei aber offenbar klar gewesen, daß der Kaufvertrag, der bereits seit einer Woche unterschriftreif vorliegt, nicht länger blockiert werden solle. Künftig sollen die NGS mit 74 Prozent, die Maier AG mit 26 Prozent an der Deponie beteiligt sein. Als Kaufpreis wurde bisher eine Summe zwischen 80 und 85 Millionen Mark genannt.

Die Vertragspartner einigten sich außerdem darauf, daß die neue Gesellschaft mit der Bezeichnung „Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen“ eine Summe von 30 Millionen Mark zurücklegt. Dieses Geld ist zur Deckung für eventuell anfallende Sanierungskosten im Bereich der Altdeponie vorgesehen.

Nds „Ungenauigkeiten beseitigt“ 4.8.

Hoheneggelsen-Vertrag perfekt / Salzgitter AG nimmt Stellung

Eigener Bericht

me. Hannover/Salzgitter
 Der Vertrag über die Sondermülldeponie Hoheneggelsen (Kreis Hildesheim) ist entgegen der Ankündigung des Umweltministeriums am Montag noch nicht unterzeichnet worden. Die Beteiligten hätten am Montag noch „letzte Ungenauigkeiten des Vertragsentwurfs“ behoben, teilte der Sprecher des Ministeriums mit. Die Unterzeichnung ist nunmehr für den heutigen Dienstag vormittag vorgesehen.

In dem Vertrag geht es – wie berichtet – darum, die einzige in Niedersachsen geöffnete Giftmüll-Deponie zu 74 Prozent in den Besitz der vom Land beherrschten Niedersächsischen Gesellschaft zur Endlagerung von Sonderabfällen (NGS) übergehen zu lassen. 26 Prozent sollen bei der bisherigen Besitzerin, der Dr. Dr. Anton Maier AG, bleiben. In der letzten Phase der Vertragsverhandlungen hatte es Probleme gegeben, weil die Firma Noell-Rüterbau der Maier AG mittels einer einstweiligen Verfügung die Unterzeichnung des Kaufvertrags untersagen wollte. Die einstweilige Verfügung ist inzwischen zurückgezogen worden.

In einem Gespräch mit dieser Zeitung

hat Maximilian Ardel, als Vorstandsmitglied der bundeseigenen Salzgitter AG für Konzernentwicklung und damit für die Tochtergesellschaft Noell-Rüterbau zuständig, Einzelheiten über die Differenzen mit der Maier AG mitgeteilt. Wie Ardel sagte, sei es dem Salzgitter-Konzern, der überdies NGS-Mitgesellschafter ist, niemals darum gegangen, den Vertragsabschluß aus Prinzip zu blockieren. Das Unternehmen sei jedoch in der Pflicht gewesen, die bereits früher mit der Maier AG „für teures Geld“ ausgehandelten Rechte zu wahren. Dazu gehöre das Recht, in Hoheneggelsen 50 000 Tonnen Sondermüll einlagern zu dürfen.

Als sehr wichtig für Noell-Rüterbau nannte Ardel das „Meistbegünstigungsrecht“ beim geplanten Ausbau der Deponie – hier gehe es um Aufträge im Anlagenbau. Nach Darstellung des Salzgitter-Managers sind die strittigen Fragen mit der Maier AG geklärt worden. Ardel fügte an: „Wir haben die NGS immer wieder darauf hingewiesen, daß unsere Rechte gegenüber Maier nicht unter den Tisch fallen dürfen.“ Die Landesregierung und die NGS hätten deshalb nicht überrascht sein dürfen, als die einstweilige Verfügung kam, sagte Ardel.

Bürgerinitiative: Sondermülldeponie sofort schließen

Eigener Bericht

eg. Hoheneggelsen

Die Bürgerinitiative Hoheneggelsen hat Umweltminister Werner Remmers aufgefordert, die am Dienstag für 85 Millionen Mark gekaufte Sondermülldeponie Hoheneggelsen sofort zu schließen. Zur Begründung führte der Sprecher der Initiative, Michael Lorke, am Mittwoch in Hildesheim an, die von der Landesregierung geplante Erweiterung der Deponie durch Ringschachtenanlagen mache eine möglicherweise schon bald notwendig werdende Sanierung der Altdeponie unmöglich. „Jede weitere Tonne Giftmüll, die hier vergraben wird, steht einer zu erwartenden Sanierung im Wege“, sagte er.

Die Bürgerinitiative befürchtet, daß sich die verantwortlichen Politiker durch den hohen Kaufpreis und das Versprechen, die Deponie werde sich innerhalb weniger Jahre amortisieren, zu sehr unter Erfolgszwang gesetzt hätten. „Wer bisher geglaubt hat, die Deponie würde unter Landesregie nicht mehr mit Blick auf Rendite und Gewinnmaximierung betrieben, sieht sich getäuscht“, betonte der Sprecher der Bürgerinitiative. Die von der Landesregierung vorgelegte Kosten-Nutzen-Analyse müsse angesichts erster Besorgnis der betroffenen Bevölkerung wie blanker Zynismus anmuten.

Um Zeit zum Nachdenken zu gewinnen, bietet die Bürgerinitiative dem neuen Deponiebesitzer an, die Verfüllung der zur Zeit noch offenen Gruben zu akzeptieren, wenn zugleich verbindlich zugesagt werde, daß die Deponie dann endgültig geschlossen und ein Sanierungskonzept vorgelegt werde. Die Bürgerinitiative verweist in dem Zusammenhang auf die Klagen der Initiative gegen die Erweiterung der Deponie, über die noch nicht entschieden sei.

HAZ

Nds

G.8.87



Wie eine Mondlandschaft sah die Autobahn Frankfurt-Würzburg nach dem Unglück mit dem Chemielastzug aus.

ap

Chemielastzug kippte um – giftige Dämpfe traten aus

Darmstadt/Hanau (dpa)

Bei einem Unfall eines mit Chemikalien beladenen Lastzuges aus Tirol auf der Autobahn Frankfurt-Würzburg sind am Wochenende wegen der feuchten Witterung und des später einsetzenden Regens giftige Dämpfe entstanden. Eine Gefahr für ein in der Nähe liegendes Wasserschutzgebiet habe jedoch nicht bestanden, berichtete ein Polizeisprecher im Darmstädter Regierungspräsidium. Der

Schaden wird auf rund 250 000 Mark geschätzt. Der 40 Jahre alte Lastwagenfahrer wurde leicht verletzt.

Das österreichische Fahrzeug war mit 24 Tonnen Natriummetasilikatpulver, das in je 25 Kilogramm fassenden wasserfesten Papierdecken verpackt war, an einer Autobahnbaustelle zwischen Hanau und dem Seligenstädter Kreuz ins Schleudern geraten. Dabei stürzte die Zugmaschine um. Ein Großteil der Ladung kippte auf

die Fahrbahn. Zahlreiche Säcke rissen auf. Das Pulver verteilte sich auf der Straße. Feuerwehrmänner, die der Dämpfe wegen nur mit Atemschutzgeräten arbeiten konnten, füllten die Chemikalie in neue Säcke um.

Der Unfall und die Aufräumarbeiten führten in weitem Umkreis zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Die Polizei mußte die Autobahn in beiden Richtungen für sechs Stunden sperren..